

Bürger zahlt Zeche für die Wende

Hintergründe zum neuen Energiepaket

BERLIN. Teuer, unkoordiniert, überhastet? Die Kritik an der Energiewende reißt nicht ab. Das neue, gestern vom Bundestag verabschiedete Energiewirtschaftsgesetz treibt den Strompreis weiter in die Höhe. Hintergründe zum Streit über die neue Offshore-Abgabe und das schwarz-gelbe Energiepaket.

? Wie wird die neue Offshore-Abgabe begründet?

Der Anschluss der bereits gebauten und geplanten Windparks auf hoher See bereitet Probleme. Offshore-Windräder sollen eines Tages den Löwenanteil der Energie liefern, die durch die Abschaltung der Atomkraftwerke wegfällt. Der deutsch-holländische Netzbetreiber Tennet – an der Nordsee für die Anbindung der Windparks zuständig – hat derzeit Probleme, das dafür nötige Kapital aufzutreiben. Das hängt auch damit zusammen, dass Schadenersatzforderungen drohen, sollte die Netzanbindung nicht funktionieren. Die Politik greift Tennet nun unter die Arme und begrenzt die jährliche Schadenersatzsumme des Konzerns auf 110 Millionen Euro. Den Rest müssen nach dem neuen Gesetz die Verbraucher übernehmen. Dabei geht es nach Schätzungen um eine Summe von bis zu zwei Milliarden Euro bis 2015.

? Welche Extra-Kosten entstehen für die Verbraucher?

Ab 1. Januar 2013 erscheint die neue Offshore-Abgabe auf den Stromrechnungen. Das neue Gesetz begrenzt sie auf 0,25 Cent pro Kilowattstunde. Für einen Durchschnittshaushalt wären das jährlich rund zehn Euro extra. Experten zufolge ist jedoch fraglich, ob die 0,25 Cent tatsächlich ausreichen werden, um die Offshore-Risiken abzudecken.

? Wie stark werden die Strompreise zu Jahresbeginn insgesamt steigen?

Zu Jahresbeginn 2013 werden 614 der knapp 1000 Stromversorger ihre Preise erhöhen – um bis zu 32 Prozent, im Schnitt aber um zwölf Prozent. Etwa drei von vier Haushalten in Deutschland müssen sich auf Strompreissteigerungen einstellen. Die höheren Preise erklären sich vor allem durch den Anstieg der sogenannten EEG-Umlage für die Förderung erneuerbarer Energien auf 5,3 Cent je Kilowattstunde sowie durch höhere Netzentgelte. Verbraucherschützer werfen den Versorgern vor, die Preise über das durch die Energiewende erforderliche Maß hinaus zu erhöhen. Ein Vier-Personen-Haushalt mit einem Stromverbrauch von im Schnitt 4000 Kilowattstunden/Jahr hat nach Angaben des Bundes der Energieverbraucher mit rund 140 Euro zu rechnen – inklusive Offshore-Abgabe.

? Welche weiteren Vorhaben enthält das schwarz-gelbe Energiepaket?

Zwei neue Regelungen im Gesetz zielen darauf, Stromangebot und -nachfrage in Einklang zu bringen und so die Blackout-Gefahr in Deutschland zu verringern. Industrielle Großverbraucher sollen künftig eine Prämie erhalten, wenn sie kurzfristig bereit sind, einen Teil ihrer Maschinen und Geräte herunterzufahren, und somit weniger Strom abnehmen. Die Kosten dafür werden umgelegt auf die Verbraucher. Gerechnet wird mit etwa zwei Euro pro Jahr. Außerdem können Energiekonzerne verpflichtet werden, stillgelegte, als unrentabel eingestufte Gas- oder Kohlekraftwerke wieder anzufahren. Dafür wird eine finanzielle Entschädigung gezahlt, die über die Netzentgelte auf die Verbraucher umgelegt würde. Rasmus Buchsteiner